

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**BMASK 1010 Wien, Stubenring 1,
08.07.2010 09:00 bis 12:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Marianne Schulze
Silvia Weissenberg

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:
entschuldigt

VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:
entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreter der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Heinz Trompisch

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula Naue

BMASK:

Wolfgang Iser

BSB:

Silvia Kutrowatz
Alfred Weber

zeitweise anwesend:

Roland Weinert (BMASK IV/7, zu TOP 3)

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwürfe zu den Stellungnahmen „Armut“ und „Behindertenplanstellen“, eine Punktation zu einer Stellungnahme ORF Publikumsrat, eine Petition zu Persönlicher Assistenz, eine Übersicht der bisher bearbeiteten Stellungnahmen sowie Unterlagen zu den Fällen 19, 22 und 25 bis 28.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt und von der Vorsitzenden im Punkt Allfälliges noch ergänzt.

2. Protokoll vom 10. Juni 2010

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen und unterzeichnet.

3. Gespräch iS Leichter Lesen Version, Mag. Roland Weinert

Herr Weinert berichtet über das gemeinsame Projekt einer Leichter Lesen Version der Konvention mit Deutschland, Schweiz und Liechtenstein.

Folgende Vorgehensweise wird vereinbart: Den Mitgliedern des MA wird eine CD mit der aktuellen Version ausgehändigt. Die Mitglieder können Korrekturvorschläge direkt einarbeiten, anschließend wird dies noch einmal mit Deutschland akkordiert.

4. Rückblick bisherige Stellungnahmen

Anhand der vorliegenden Unterlage werden Reaktionen und allfällig erforderliche Follow-ups diskutiert.

- a. Beschäftigungstherapie: Hier soll im Herbst nachgefragt werden.
- b. Budget und Partizipation: Anlässlich des demnächst zu erstellenden Bundeshaushalts 2011 soll ein Erinnerungsschreiben an die Bundesregierung ergehen. Die Vorsitzende wird einen Entwurf ausarbeiten.
- c. Clearing: Das Büro wird das BMG einladen, in einer der nächsten Sitzungen dazu zu berichten.
- d. Kindergartenjahr: Frau StS Marek soll dazu noch einmal eingeladen werden. Das Thema soll auch im Bericht thematisiert werden.
- e. Nationale Menschenrechtsinstitution: Dies werde derzeit im Zivilgesellschafts-Bericht zum Universal Periodic Review thematisiert.
- f. Unterbringungsrecht: Es soll eine aktuelle Studie des BMJ vorliegen. Das Thema soll auch im Bericht thematisiert werden.

5. Stellungnahmen

a. Armut

Die Vorsitzende berichtet von einem Termin mit dem Leiter der Schuldnerberatung des Fonds Soziales Wien.

Der Entwurf einer Stellungnahme soll am 20.07. noch einmal diskutiert werden.

b. „Personalfragen“

Der Entwurf einer Stellungnahme „Behindertenplanstellen“ wird von Herrn Trompisch noch einmal überarbeitet.

c. ORF-Publikumsrat

Die Vorsitzende wird einen Entwurf ausarbeiten.

d. assistive Technologien

Frau Naue wird unter Einbindung einer Expertin der Diakonie einen Entwurf ausarbeiten.

6. Einzelfälle

a. Altfälle

Fall 19: Die Vorsitzende wird noch einmal Kontakt aufnehmen.

Fall 20: Ein Schreiben an den Magistrat Wien ist ergangen.

Fall 21: Ein Schreiben ans Amt der Szbg. Landesregierung ist ergangen.

Fall 22: Die Vorsitzende wird einen Brief an die Innsbrucker Bürgermeisterin entwerfen.

Fall 23 wird nicht als Beschwerdefall, sondern als Zurkenntnisbringung gewertet.

Fall 24: Der Beschwerdeführer hat mitgeteilt, sein Problem gelöst zu haben. Die Vorsitzende wird noch einmal Kontakt aufnehmen.

Fall 25: Das Büro wird anfragen, ob namentliche oder anonyme Behandlung gewünscht ist, anschließend ein Schreiben an das Amt der NÖ Landesregierung unter Anschluss der Bildungsstellnahme richten.

Fall 26: Die Vorsitzende wird Kontakt aufnehmen und auf künftige Aktivitäten zur Persönlichen Assistenz verweisen.

Fall 27: Die Vorsitzende wird Kontakt aufnehmen.

b. Neue Fälle

Fall 28: mangelnder Viktimisierungsschutz bei Beschwerden in Einrichtungen in der Sphäre des Fonds Soziales Wien: Das Büro wird ein Schreiben an die Magistratsdirektion entwerfen, Kopien an MA 40 und Interessensvertretung.

Eine Anfrage aus Deutschland wird nicht als Fall gewertet, die Vorsitzende wird Kontakt aufnehmen.

c. Anfragen wegen Subventionskürzungen

Der Ausschuss kommt überein, dass Zurkenntnisbringungen von Subventionskürzungen allein nicht als „Fälle“ im Sinne von Menschenrechtsverletzungen gewertet werden. Allerdings werde man eine Verringerung der Gesamtmittel, die für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen, anlässlich der Fragen zum Bundeshaushalt 2011 mit thematisieren.

Das Büro wird einen Textbaustein für die Budgetanfrage entwerfen.

7. Eingabe zu Persönlicher Assistenz

Anlässlich einer Demonstration wurde der Vorsitzenden eine Petition überreicht. Sie wird dahingehend antworten, dass der Ausschuss plant, sich des Themas umfassend anzunehmen.

In diesem Zusammenhang berichtet die Vorsitzende über Ergebnisse dazu bei der LandessozialreferentInnenkonferenz.

8. Ressourcen des Monitoringausschusses

Die Vorsitzende berichtet von einem im Plenum des Nationalrats beschlossenen Abänderungsantrag zur Novelle BBG, der eine Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende vorsieht.

Das Thema Ressourcen werde dennoch im Bericht an Genf zu behandeln sein.

9. Bericht über Präsentation des Staatenberichts

Trompisch und Weissenberg berichten zu Präsentation von Staatenbericht und Nationalem Aktionsplan. Im Juli könnten noch Stellungnahmen zum Bericht an das BMASK eingebracht werden.

Seitens einiger NGO-VertreterInnen sei Kritik an der mangelnden Einhaltung der Guidelines eingebracht worden, insbesondere dahingehend, dass zu wenig über die beiden letzten Jahre berichtet werde.

Der Fahrplan für den NAP solle im Bundesbehindertenbeirat ausgearbeitet werden, der Plan dann innerhalb eines Jahres erstellt werden.

10. Bericht über Gespräch mit dem Bundesbehindertenanwalt

Die Vorsitzende berichtet. Themen waren u.A. die Stellungnahme Bildung, die Evaluierung Gleichstellungsrecht sowie ein allfälliger Annex des Behindertenanwalts zum Bericht des Ausschusses nach Genf.

11. Allfälliges

- a. Entwurf eines Konsumentenschutzrechtsänderungsgesetzes: Frau Weissenberg wird das prüfen und, falls erforderlich, einen Entwurf einer Stellungnahme ausarbeiten.
- b. Messe Integra: Bei der Messe in Wels vom 22. bis 25.09.10 könnte der Ausschuss einen Stand betreuen. Aus Ressourcengründen wird dies verworfen.
- c. Am 23.09.10 findet eine Veranstaltung des European Foundation Center zu Art. 27 (angemessene Vorkehrungen) statt. Frau Weissenberg wird möglicherweise teilnehmen.
- d. Die Lebenshilfe Österreich möchte den Ausschuss demnächst einladen, eine öffentliche Sitzung in einem westlichen Bundesland (Salzburg, Tirol) abzuhalten. Die, Reise- und Aufenthaltskosten würden übernommen. Ein offizielles Schreiben folgt.

- e. Die Vorsitzende wird dem Büro den Bericht an den Bundesbehindertenbeirat zur Platzierung auf der Website übermitteln.
- f. Die Übersetzung der revidierten Geschäftsordnung ins Englische wird veranlasst werden.
- g. Vorsitzende und Büro berichten über Neuerungen im Bereich der Website.

h. Termine nächste Sitzungen

Die nächste Sitzung findet am **20.07.10** ab **09:00** Uhr bis ca. **12:00** Uhr im Saal IV am Stubenring 1 statt. Die nächsten darauffolgenden Sitzungen finden am **9. September 09:00** bis 12:00 Uhr sowie am **24. September** ab **11:00** Uhr jeweils im **Saal IV** am Stubenring1 statt, wobei die Vorsitzende am 09.09. verhindert sein wird. Am **20. oder 21. Oktober** soll die nächste öffentliche Sitzung stattfinden, betreffend den Ort werden noch Gespräche geführt. Themen sollen Gewaltprävention sowie eine Punktation des Berichts nach Genf sein.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)